

**Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Badischer Beobachter. 1863-1935  
1900**

14.11.1900 (No. 259)

# Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:

Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt  
„Sterne und Blumen“.

Telephon-Anschluß-Nr. 585.

Post-Zeitung-Nr. 855.

Er scheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 M. 60 Pf., monatlich 55 Pf., wenn in der Expedition oder in den Abreisen abgesetzt, durch die Post bezogen vierteljährlich 3 M. 25 Pf., mit Beistellschiff 3 M. 65 Pf.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

N° 259.

Mittwoch, den 14. November

1900.

Anzeigen: Die sechsplatige Zeitung oder deren Raum 20 Pf., Blätter 50 Pf. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Anzahl. Inserate nehmen außer der Exposition alle Annoncen-Büros an.

Redaktion und Expedition  
Wolfsstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

## \* In Sachen der Heze gegen den Prinzen Max von Sachsen.

Ein formidabler Feldzug, der an Geschäftigkeit und ähnlichen schönen Dingen seines Gleichen sucht, ist gegen den Prinzen Max von Sachsen, den Neffen des gegenwärtigen, sehr respektiven Bruders des flügigsten Königs eröffnet worden. Mit seinem Bruder, dem unglücklich durch einen Unglücksfall jäh verstorbenen Offizier, der auch im Tode ein höchst erhabliches Beispiel christlicher Tugendhaftigkeit gegeben hat, er als Student auch in seiner Universitätstadt Freiburg einige Zeit zugewacht, wobei beide Prinzen durch ihren frommen Ingendau allen alle gutenkennten, christlichen Leute erfreut und erbaut haben. Prinz Max ist dann wieder Priester geworden und hat, wie durch seinen persönlichen Bruder, so auch durch seinen Schleiereifer ein herzeliches Beispiel gegeben, das auch Aberglaubischen Hochsiedlung einführen müsste, wenn sie fähig waren, uns befangen zu denken anfangen zu lassen. Nun ist er aber von Anfang Gegenstand und Zielpunkt einer wilden Heze gewesen, gegen die ihn mindestens seine nahe Stellung am Königsthron von Sachsen hätte schützen sollen. Es waren nicht etwa sozialdemokratische Blätter, welche dieses böse Geschäft betrieben, sondern Blätter von Parteien, die ein spezielles Amt daran zu haben glaubten, von Trägern staatlicher Autorität besonders berücksichtigt zu werden. Ist ihnen der eifrig wirkende Priester an sich zuviel, so ist er es noch mehr, wenn besondere Umstände wie hier die hohe Geburt sein Auftreten noch wirkungsvoller machen können. Ein junger Herr von vogtialicher Abstammung darf sich sehr viel zu Schulden kommen lassen, ohne dass solche Blätter sich zu einem Worte des Todes verantwothen; aber katholischer Priester werden und als solcher im Geiste der Kirche eifrig wirken, das ist der Schutz und des Aberglaubischen viel, als dass sie dazu schweigen könnten. Und wird einmal der Feldzug eröffnet, dann braucht es natürlich auch mit der Wahrheit nicht so genau genommen zu werden. Die „Köln. Volkszeitung“ schreibt zu diesem wichtigen Ereignis:

„Prinz Max von Sachsen. Die Erregung über das Auftreten des Prinzen zittert noch in manngroßen Wellen nach. Am Sonntag Abend legte in der Dresdener Kreuzkirche Diakonus Dr. Stößig auch auf der Kanzel gegen das letzte Auftreten des prächtlichen Priesters Verwahrung ein. Er führt aus: „Es sei geeignet, Königshaus und Sachsenvolk einander zu entzünden. Grade wer sonst sei und sein Sachsen soll sie liebe, müsse dagegen protestieren. Und dies auch wegen der Zukunft. Nicht zum ersten Mal habe der Prinz das evangelische Sachsenvolk, das zu seinem Königshaus auch in schwersten Tagen in trügerischer Freude gestanden, in seinen Empfunden verletzt und herausgefordert. Dieser Stößig fürchtete das alte Atom, das ihm schon unangenehm genug gebracht habe. Es hinge vor der Zukunft, in der die tatsächliche Gewalt wieder groß werde. Darum der Protest gegen den prächtlichen Priester.“

Die „Dresdner Nachrichten“ bemerkten dazu: „Herr Diakonus Dr. Stößig hat sich mit dieser Verwahrung, wie am Sonntag Abend der Danz sehr zahlreich versammelten Gemeinde, auch den Danz überhaupt weitester Kreise im Sachsenland verdient.“

Auso bis auf die Kanzel hat sich die Heze gegen einen katholischen Priester begeben, der Mitglied der regierenden Königsfamilie ist! Und das offizielle Organ der Nationalliberalen macht die Heze mit und findet es ganz in Ordnung, dass sie sogar von der Kanzel herab betrieben werden müssen!

Und wie stellt sich dieses Blatt nunmehr an, nachdem die absolute Grundlosigkeit dargethan ist?

Es hat in Nr. 526 die Erklärung des Prinzen Max abgebracht und – sich wohl entschuldigt? oder wenigstens die Erklärung der „Köln. Zeit.“ sich zu eigen gemacht?

O nein! Die „Bad. Landeszeitung“ will nicht zu Deinen gehören, die in diesem Hause „sich schämen“ (um das Wort der „Köln. Volkszeitung“ zu gebrauchen), sondern zu Deinen, die das Handwerk forsetzen.“ Sie beweist zu der Erklärung:

„Eine sehr schwache Entschuldigung.“ Was mag der

folgendes erklären:

„Es ist für mich sehr betrübend und niederschlagend, alle die Anschuldigungen zu erahnen, die man gegen mich erhebt. Ich habe keinen Grund zu solchen Anschuldigungen. Das Gesetz in Sachsen verbietet jedem fremden Geistlichen die Pastoral, und in dem Glauben, ein christliches und christlichtheologisches Werk zu tun, habe ich für einige Zeit die Mission übernommen, den armen italienischen Arbeitern Gottes Wort zu verläufen. Ich jage ihnen zunächst klar

zu legen, dass sie sich von Socialisten und Anarchisten, als den Hauptfeinden der Religion und des Vaterlandes, fern halten sollten, aber niemals ist ein Wort von meinem Mund gesprochen. Nie habe ich ein Wort von konservativer Autonomie gesprochen. Ein protestantischer Theologe hat mir, ohne den Artikel geschrieben, in welchem Neuverfassungen erwähnt werden, die ich niemals gehabt habe. Daher röhrt die illegale Polexit. Ich erhielt aus verschiedenen deutschen Städten anonyme Briefe, in welchen mir die größten Beleidigungen in Erfahrung geworfen werden, Trittbrettfäße, die eines denkbaren Menschen unwürdig sind, doch ich verzeige meinen Gegnern.“

Die „Köln. Volkszeitung“ hat der Veröffentlichung dieser Erklärung beigefügt:

„Helfen wird das nur teilweise. Manche werden sich schämen, andere werden das Handwerk forsetzen.“

Die „Köln. Volkszeitung“ schreibt zu der Erklärung:

„Wir verzweifeln sie um so lieber, als sich seine angestellten und üblen Neuerungen richten.“

Die „Köln. Volkszeitung“ säumt nicht, das zu registrieren und mit folgender Glosse zu versehen:

„Das genügt, und in den Kreisen der sächsischen Heze und jener, die ihnen zugethan sind, wird die Trauer groß sein.“

Wie sich die jüdischen Heze nunmehr zur Sache stellen und äußern, wissen wir nicht. Unter ihnen, die ihnen zugethan sind, ist, wie bereits erwähnt wurde, auch die „Badische Landeszeitung“, das offizielle Organ der nationalliberalen Partei in Baden.

Dieses Blatt hat noch am letzten Freitag Abend rep. Samstag Morgen folgenden Artikel gebracht:

„Prinz Max von Sachsen. Die Erregung über das Auftreten des Prinzen zittert noch in manngroßen Wellen nach.“

Am Sonntag Abend legte in der Kreuzkirche Dresden Diakonus Dr. Stößig auch auf der Kanzel gegen das letzte Auftreten des prächtlichen Priesters Verwahrung ein. Er führt aus:

„Es sei geeignet, Königshaus und Sachsenvolk einander zu entzünden. Grade wer sonst sei und sein Sachsen soll sie lieben, müsse dagegen protestieren. Und dies auch wegen der Zukunft. Nicht zum ersten Mal habe der Prinz das evangelische Sachsenvolk, das zu seinem Königshaus auch in schwersten Tagen in trügerischer Freude gestanden, in seinen Empfunden verletzt und herausgefordert. Dieser Stößig fürchtete das alte Atom, das ihm schon unangenehm genug gebracht habe. Es hänge vor der Zukunft, in der die tatsächliche Gewalt wieder groß werde. Darum der Protest gegen den prächtlichen Priester.“

Die „Dresdner Nachrichten“ bemerkten dazu: „Herr Diakonus Dr. Stößig hat sich mit dieser Verwahrung, wie am Sonntag Abend der Danz sehr zahlreich versammelten Gemeinde, auch den Danz überhaupt weitester Kreise im Sachsenland verdient.“

Ausso bis auf die Kanzel hat sich die Heze gegen einen katholischen Priester begeben, der Mitglied der regierenden Königsfamilie ist! Und das offizielle Organ der Nationalliberalen macht die Heze mit und findet es ganz in Ordnung, dass sie sogar von der Kanzel herab betrieben werden müssen!

Und wie stellt sich dieses Blatt nunmehr an, nachdem die absolute Grundlosigkeit dargethan ist?

Es hat in Nr. 526 die Erklärung des Prinzen Max abgebracht und – sich wohl entschuldigt? oder wenigstens die Erklärung der „Köln. Zeit.“ sich zu eigen gemacht?

O nein! Die „Bad. Landeszeitung“ will nicht zu Deinen gehören, die in diesem Hause „sich schämen“ (um das Wort der „Köln. Volkszeitung“ zu gebrauchen), sondern zu Deinen, die das Handwerk forsetzen.“ Sie beweist zu der Erklärung:

„Eine sehr schwache Entschuldigung.“ Was mag der

Prinz unter seinen „Mitbrüderen, den Dissidenten“, verstehen?

Das segt dem Ganzen die Krone auf.

Wie mag man wohl im Ministerium des Innern über ein derartiges Verhalten des öffentlichen Organs der soziale Verwandten Partei urtheilen?

## Deutschland.

Berlin, 12. November.

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei Deutschlands hat am Sonntag in Berlin getagt und einmuthig Folgendes beschlossen: China warren und Nichtverbündung des Reichstages nach Ausbruch derselben. Der Centralvorstand der Nationalliberalen Partei begrüßt die Entschlossenheit, welche die deutsche Reichsregierung bei den Birren in China in der Vertretung der deutschen Interessen beweisen hat, mit voller Genehmigung. Es bildigt durchaus das Verlangen nach Südhütte und Entschädigung für die an deutschen Reichsangehörigen verübten Grenel und die unerhörte Entmündung des Reichstages, dessen verfaßte Eiderungen die gewaltige Agitation eintritt. Nieden halten u. a. der Vor-

stehende des Reiterstalllegions der Berliner Kaufmannschaft, Herr Adolf Wormann (Hamburg) und der Direktor der Deutschen Bank, Siemens. Letzterer bezeichnete als die Aufgabe des neuen Bundes den Kampf gegen die übertriebenen Forderungen der Agrarier nach fast prohibitiven Zollfällen. Zu Agitationszwecken müsse etwa der gleiche Beitrag, wie jährlich vom Bunde der Landwirte, nämlich 300.000 Mark, aufgebracht werden. Die Versammlung nahm eine entsprechende Resolution an. Die vorläufigen Satzungen nehmen eine dreijährige Dauer der Vereinigung in Ansicht. Der gewählte Centralausschuss umfasst Mitglieder aus 30 großen Städten.

Am letzten Sonntag haben 300 Vertreter von Industrie, Finanzen und Handel eine vorübergehende Vereinigung gegründet, um für die Aufrechterhaltung der bestehenden Handelsverträge zu agieren. Der Verein rückt seine Spize gegen die Bestrebungen und Forderungen der „Agrarier“. Nicht weniger als 300.000 M.

M. sollen jährlich zu Agitationszwecken aufgebracht werden. Der erste deutsche Handwerks- und Gewerbeaufstand findet vom 15. bis 17. November in den Germaniahallen zu Berlin statt. Die Tagessordnung umfasst folgende Punkte: 1. Die Aufgaben der Handwerkstümmer auf dem Gebiete des Lehrerwesens, Meisterprüfung, bezüglich der Bestellung von Beamten; 2. Aufrührung der Kosten der Handwerkstümmer; 3. Organisation der Handwerks- und Gewerbelämmern, so zu bemerken, dass es im Interesse des Anhebens der Regierung rechtmäßig hätte herbeigeführt werden sollen.

— So genannte „Börlitansfeld-Affäre“. Die Thatsache, dass das Reichsamt des Innern von einer privaten Vereinigung Gelder zur Aktion für eine Vorlage des Bundesrats in Anspruch genommen hat, bietet keinen Grund, die Unbestechlichkeit unserer Regierung auch nur in Frage zu ziehen, wohl aber gibt sie Veranlassung zu denken, dass die Regierung niemals solche Forderungen mit gerechtfertigt werden muss, wenn die Regierung von Interessenengenossen Mittel zu politischer Agitation annimmt oder gar fordert.

— Das deutsche Schutzgebiet in Südwestsafrika bildete den Gegenstand einer interessanten Beratung im Kolonialrathe. Richtig war durch die Zeitungen die Nachricht gegangen, dass die „Southwestafrika Company“, auf deren zum Teil englische Leiter der bekannte Herr Cecil Rhodes, groben Einfluss ausübt, der Kommandeur von Buren nach dem deutschen Schutzgebiet Widerstand entgegensezten würde. In dem Kolonialratthe sitzen wie Vorstandsmitglieder der genannte Gesellschaft mit dem englischen Namen: die Herren Woermann und Dr. Schärlach aus Hamburg, und diese haben ein lebhaftes, um die gegen die Gesellschaft erhobenen Einwände zu widerlegen. So überzeugt war der Befürworter der Buren, dass sie die Regierung nicht gewinnen zu sein. Kolonialdirektor Dr. Sübel erheilt deswegen der Gesellschaft mit dem englischen Namen, die nach der Behauptung der Herren Schärlach und Woermann nur von deutschem Sinne geleitet sein soll, den jehals guten Rat, recht bald eine öffentliche Erklärung zu ihrer Verbündung zu erlassen. An Herrn Dr. Sübel selbst wird es sein, im Reichstag die bindende Versicherung zu geben, dass die Regierung niemals solche Annahmen fremder Elemente in einem deutschen Schutzgebiet dulden werde.

— Dem heutigen Montagsblatt folge soll der derzeitige Regierungspräsident von Guimbumbu, Hegel, als Interstaatssekretär in ein Ministerium berufen werden und als dessen Nachfolger Ministerialdirektor P. Woedtke in Amtsthus genommen sein.

— Gestern traten im Hotel „Kaiserhof“ in Berlin etwa 300 Vertreter der Industrie, der Finanz und des Handels aus allen Teilen des Reiches zusammen zur Gründung einer vorübergehenden Interessenvereinigung,

Vororten reichten sich nach Kräften ans Ganze an. Dem Stücke vorans wurde die Ouvertüre zur „Brant von Messina“ von Schumann, gespielt.

Sonntag brachte bei vollständig besetztem Hause Wagner's „Walküre“, in welches unsere Eltern-Künstler Frau Motil und Herr Gerhäuser (Sieglind und Siegmund) im Vordergrunde des Geheimstücks hielten.

Im ersten Akt in der großen Szene zwischen beiden führten sie mit Hilfe unseres ausgezeichneten Orchesters aus welchem nur einmal ein, wie es scheint

noch nicht ganz an die tüchtigsten Intentionen der musikalischen Direction gewohnt Instrument bei den Gesangszügen dargestellt.

— Dem heutigen Montagsblatt folge soll der derzeitige Regierungspräsident von Guimbumbu, Hegel, als Interstaatssekretär in ein Ministerium berufen werden und als dessen Nachfolger Ministerialdirektor P. Woedtke in Amtsthus genommen sein.

— Gestern traten im Hotel „Kaiserhof“ in Berlin etwa 300 Vertreter der Industrie, der Finanz und des Handels aus allen Teilen des Reiches zusammen zur Gründung einer vorübergehenden Interessenvereinigung,

die für die Aufrechterhaltung der bisherigen Zollpolitik eintritt. Nieden halten u. a. der Vor-

stehende des Reiterstalllegions der Berliner Kaufmannschaft, Herr Adolf Wormann (Hamburg) und der Direktor der Deutschen Bank, Siemens. Letzterer bezeichnete als die Aufgabe des neuen Bundes den Kampf gegen die übertriebenen Forderungen der Agrarier nach fast prohibitiven Zollfällen. Zu Agitationszwecken müsse etwa der gleiche Beitrag, wie jährlich vom Bunde der Landwirte, nämlich 300.000 Mark, aufgebracht werden. Die Versammlung nahm eine entsprechende Resolution an. Die vorläufigen Satzungen nehmen eine dreijährige Dauer der Vereinigung in Ansicht. Der gewählte Centralausschuss umfasst Mitglieder aus 30 großen Städten.

— Am letzten Sonntag haben 300 Vertreter von Indus-

trie, Finanz und Handel eine vorübergehende Vereinigung gegründet, um für die Aufrechterhaltung der bestehenden Handelsverträge zu agieren. Der Verein rückt seine Spize gegen die Bestrebungen und Forderungen der „Agrarier“. Nicht weniger als 300.000 M.

M. sollen jährlich zu Agitationszwecken aufgebracht werden. Der erste deutsche Handwerks- und Gewerbeaufstand findet vom 15. bis 17. November in den Germaniahallen zu Berlin statt. Die Tagessordnung umfasst folgende Punkte: 1. Die Aufgaben der Handwerkstümmer auf dem Gebiete des Lehrerwesens, Meisterprüfung, bezüglich der Bestellung von Beamten; 2. Aufrührung der Kosten der Handwerkstümmer; 3. Organisation der Handwerks- und Gewerbelämmern, so zu bemerken, dass es im Interesse des Anhebens der Regierung rechtmäßig hätte herbeigeführt werden sollen.

— So genannte „Börlitansfeld-Affäre“. Die Thatsache, dass das Reichsamt des Innern von einer privaten Vereinigung Gelder zur Aktion für eine Vorlage des Bundesrats in Anspruch genommen hat, bietet keinen Grund, die Unbestechlichkeit unserer Regierung nicht gewinnen zu sein. Kolonialdirektor Dr. Sübel erheilt deswegen der Gesellschaft mit dem englischen Namen, die nach der Behauptung der Herren Schärlach und Woermann nur von deutschem Sinne geleitet sein soll, den jehals guten Rat, recht bald eine öffentliche Erklärung zu ihrer Verbündung zu erlassen. An Herrn Dr. Sübel selbst wird es sein, im Reichstag die bindende Versicherung zu geben, dass die Regierung niemals solche Forderungen mit gerechtfertigt werden muss, wenn die Regierung von Interessenengenossen Mittel zu politischer Agitation annimmt oder gar fordert.

— Das deutsche Handwerks- und Gewerbeaufstand findet vom 15. bis 17. November in den Germaniahallen zu Berlin statt. Die Tagessordnung umfasst folgende Punkte: 1. Die Aufgaben der Handwerkstümmer auf dem Gebiete des Lehrerwesens, Meisterprüfung, bezüglich der Bestellung von Beamten; 2. Aufrührung der Kosten der Handwerkstümmer; 3. Organisation der Handwerks- und Gewerbelämmern, so zu bemerken, dass es im Interesse des Anhebens der Regierung rechtmäßig hätte herbeigeführt werden sollen.

— Das erste deutsche Handwerks- und Gewerbeaufstand findet vom 15. bis 17. November in den Germaniahallen zu Berlin statt. Die Tagessordnung umfasst folgende Punkte: 1. Die Aufgaben der Handwerkstümmer auf dem Gebiete des Lehrerwesens, Meisterprüfung, bezüglich der Bestellung von Beamten; 2. Aufrührung der Kosten der Handwerkstümmer; 3. Organisation der Handwerks- und Gewerbelämmern, so zu bemerken, dass es im Interesse des Anhebens der Regierung rechtmäßig hätte herbeigeführt werden sollen.

— Das deutsche Handwerks- und Gewerbeaufstand findet vom 15. bis 17. November in den Germaniahallen zu Berlin statt. Die Tagessordnung umfasst folgende Punkte: 1. Die Aufgaben der Handwerkstümmer auf dem Gebiete des Lehrerwesens, Meisterprüfung, bezüglich der Bestellung von Beamten; 2. Aufrührung der Kosten der Handwerkstümmer; 3. Organisation der Handwerks- und Gewerbelämmern, so zu bemerken, dass es im Interesse des Anhebens der Regierung rechtmäßig hätte herbeigeführt werden sollen.

— Das deutsche Handwerks- und Gewerbeaufstand findet vom 15. bis 17. November in den Germaniahallen zu Berlin statt. Die Tagessordnung umfasst folgende Punkte: 1. Die Aufgaben der Handwerkstümmer auf dem Gebiete des Lehrerwesens, Meisterprüfung, bezüglich der Bestellung von Beamten; 2. Aufrührung der Kosten der Handwerkstümmer; 3. Organisation der Handwerks- und Gewerbelämmern, so zu bemerken, dass es im Interesse des Anhebens der Regierung rechtmäßig hätte herbeigeführt werden sollen.

— Das deutsche Handwerks- und Gewerbeaufstand findet vom 15. bis 17. November in den Germaniahallen zu Berlin statt. Die Tagessordnung umfasst folgende Punkte:

nahmgefege doch unmöglich lange andauern können. Man glaubt sogar, daß der Belagerungszustand in ganz Spanien am 20. November, dem Eröffnungstage der Cortes, aufgehoben werden müsse. Allerdings steht die Annahme auf heftigen Widerprüchen, da die Karlisten in jenen Tagen noch nicht zur Stütze gekommen sein werden. Wenn auch den halbmäßigen Melbungen gemäß die bewaffneten Banden vor den Truppen flüchteten und sich angeblich zerstreuten, so weiß man doch ganz gewiß, daß die Organisation weiter besteht, daß bedeutende Waffenlager unentdeckt blieben und daß sich zahlreiche Banden in den schwer zugänglichen Pyrenäenabgängen und an anderen Orten mehr versteckt halten, bis sie weitere Befehle von den Führern, die zum Thiele die Grenze überstiegen, erhalten.

**St. Petersburg, 12. Nov.** Der Kaiser ist an Influenza erkrankt. Die Krankheit nimmt einen normalen Verlauf, ohne jede Komplikation bei entsprechendem Allgemeinbefinden. Es werden daher keine täglichen Bulletins ausgegeben.

#### F.B. Zur Gewerkschaftsfrage.\*

In Nr. 252 des „Bad. Beob.“ erörtert ein Handwerksmeister das Verhältnis zwischen „Handwerk und

\*) Nachfolgende Erörterungen resp. Entgegнnungen sind uns gleichfalls von einem Handwerker übermittelt worden, der Vorstandsmitglied eines Vereines „Arbeiterkunst“ ist. Wir verlegen ihnen schon deswegen die Aufnahme nicht, weil es uns billig und gerecht erscheint, auch solchen Interessenten das Wort zu gewähren, so sich durch die vorausgegangene Veröffentlichung, wenn auch nur in Folge von Mitverhandlungen, belohnt fühlen. Sodann ist das Centrum geradezu als Freunde und Schützer aller Berufsstände preis zu handeln.

Wir veröffentlichen die Zuschrift unverändert, weil es schwer wäre, auf einer Seite den Herrn Berichter zu Wort kommen zu lassen und auf der anderen seine Entgegnung so zu gestalten, daß nach unserer eigenen Beurteilung des fraglichen Artikels an denselben nichts anzutun wäre. Sodann ist es aber auch einiges Interesse, den unberührten Wortlaut zu haben. Man kann nämlich daraus erkennen, wie schwach manchmal auf solchen Gebieten auch die Leute sich verstehen und verstecken wollen, die religiös und politisch gleich gesinnt sind, sobald ihre eigenen Interessen reip, die ihres Standes nicht zusammenlaufen. Wie erf., wenn zur Verschiedenheit der materiellen Interessen auch noch religiöse und politische Gegenseiten sich gegenüberstehen, nicht Anderem einziehen kann.

Unser Entgegnung selber wollen wir uns auf folgende Belehrungen befränken:

Wir jeder denken nicht daran, den Handwerks-Arbeitern das Recht der Organisation beizubringen zu wollen. Das soll auch der Berichter des Artikels „Handwerk und Gewerkschaften“ nicht. Meinungsverschiedenheit kann nur in der Frage bestehen, welcher Art die Organisation sein soll, um „dem Handwerk“ Schutz und Förderung gewähren zu können. Nach unserer Beurteilung dieser Dinge steht man nicht gut, wenn man Meister-Interessen und Gelehrten-Interessen getrennt und gegenseitig behandelt. Es kann nach unserer Meinung „dem Handwerk“ nicht förderlich sein, wenn der Gelehrte heute etwas erstrebt, was ihm die Existenz und das Fortkommen, wenn er morgen „Meister“ geworden ist, erschwert.

Das „Meister werden“ soll natürlich nicht zur Ungebühr rechnen werden.

Wenn jemand davon spricht, wie die Gewerkschaften „im Prinzip“ handeln können, so ist er schwer zu widerlegen, er sagt eine Ansicht vertreten, welche er will. Jedemal kann der Hinweis auf „Staaten“ und auch der Hinweis auf die Vergangenheit keine überzeugende Beweisstafel haben.

Über die Detail-Kennstufe des Verfassers des Artikels „Handwerk und Gewerkschaft“ sind wir nicht orientiert. Wir haben aber die Überzeugung, und halten sie für wohlbegründet, daß er sich in diesen Dingen auskennt und mit dem Verfasser der Entgegnung sich schon messen kann.

Wir denken nicht daran, daß sie sprechen zu wollen, die „Gewerkschaften“ oder andere Organisationen sollten nicht darnach trachten, die materiellen Interessen eines Standes und seiner Mitglieder zu fördern, nach Verbesserung der materiellen Lage zu trachten u. s. w. Auch der Berichter des Artikels „Handwerk und Gewerkschaft“ denkt gewiß nicht daran, einen solchen Standpunkt vertragen zu wollen.

Eine andere Frage ist aber die, ob eine genossenschaftliche Organisation um diese Interessen pflegen soll; eine weitere Frage kann sich aufstellen, ob das nötige Maß eingehalten und die schuldige Rücksicht auf die berechtigten Interessen anderer genügend gewahrt wird.

Wir zweifeln nicht daran, daß wie wir selbst, so auch der Verfasser des Artikels „Handwerk und Gewerkschaft“ mit dem Verfasser der Entgegnung fast zur Parole steht:

„Jedem das Seine!“

Je mehr man es nach den Grundsätzen und Forderungen der ausgleichenden Gerechtigkeit erstrebt, desto leichter wird man über Meinungsverschiedenheiten hinweg sich zusammen finden. Die Redaktion.

Beifallsturm erzielte das „Italienische Intermezzo“ für Mandolinen mit Guittarebegleitung, und die mit siebenzigem Enthusiasmus dem Konzert folgenden Zuhörer ruhten nicht eher, bis Herr Musikdirektor Böttiger die Tafissi wieder annahm und die Kapelle eine italienische Romanze mit Gesang zog.

= Von Hochschulen u. Dr. Alfred Schaper, Professor am anatomischen Institut der Universität Breslau, wurde a. o. Prof. der Anatomie und Leiter der entwickelungsgeschichtlichen Abteilung des Anatomischen Instituts der Breslauer Hochschule ernannt. Ferner ist der Assistent am Zoologischen Museum dieser Universität Dr. phil. Fritz Römer als Kustos der naturwissenschaftlichen Sammlung der Sendenborg-Stiftung nach Frankfurt am Main berufen worden. — In der juristischen Fakultät der Universität Leipzig habilitierte sich Dr. jur. Ludwig Weer mit einer Probedoktorierung über die Aufhebung der ethischen Gemeinschaft nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, in der philosophischen Fakultät derselben Universität Dr. Carl Sapper als Privatdozent für Erd- und Volksrecht. — Bei der Universität Greifswald ist Herr L. Gillet als Leitor der französischen Sprache eingetreten. — Der Literar- und Kunstschriftsteller Prof. Karl Warburg wurde zum Bibliothekar des Nobel-Instituts zu Stockholm ernannt. — Professor Engelbert Humperdinck in Boppard a. Rh. ist zum Vorsteher der mit der Berliner lgl. Akademie der Künste verbundenen akademischen Meisterschule für Komposition ernannt worden. — Der Maler Delville, der bei der legien Professorenversammlung an der Brüsseler Akademie der „People“ behauptet wegen sozialistischer Gesinnung nur eine Stimmen-Mehrheit auf sich vereinigen konnte, erhielt noch an denselben Tage einen Auftrag als Professor an die Kunstakademie von Glasgow.

= Concerte im Dunkeln. Die Concerte der Musikhochschule in Mannheim finden jetzt nach Bayreuther Muster vor fast ganz verdecktem Saale statt. Wenn ein Publikum sich das gefallen läßt, so ist grüßungstelegramm eingegangen, dessen Vorlesung allge-

Gewerkschaft“ mit besonderer Bezugnahme auf die christlichen Gewerkschaften und findet vor Allem, daß durch die „neueste“ Entwicklung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften“ dem Handwerkerstand Gefahr drohe. Der Herr Artikelbeschreiber spricht zwar den Industriearbeitern das Recht der Berufsorganisation nicht ab, möchte aber solches für die Arbeiter im Handwerkbetrieb nicht anerkennen und bedauert, daß die Gelehrten, die seither in Gesellen- oder Arbeitervereinen Genüge fanden, durch die christlichen Gewerkschaften in einer Bewegung gezogen würden, deren Zweck der rein materielle Vortheil und deren Hauptzweck der Streit sei“ und daß sie sich darüber nicht täuschen dürfe, daß im Ernstfalle zwischen einer christlichen und einer sozialistischen Gewerkschaft kaum ein Unterschied sei. Abgesehen davon, daß diese Vorwürfe, gelinekt, etwas derb sind, sie sind noch mehr ungerecht und wenn man den Artikelbeschreiber ansfordern würde, Beweise dafür aus den Statuten der christlichen Organisationen oder deren Geschichte zu erbringen, so wäre der Herr schön in Verlegenheit; denn wir glauben nicht, daß er schon ein solches Statut gelesen hat. Wenn er aber glaubt, den christlichen Handwerksgelehrten das Organisationsrecht absprechen zu können, so ist das von einem Immunmeister, und ein solcher ist er wohl, doppelt unvorsichtig. Hat denn der Arbeiter nicht auch das Recht, „für seinen materiellen Vortheil zu sorgen“? soll er denn die Suppe, welche die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung der letzten Jahrzehnte dem Handwerker- und Arbeitervadle eingebracht hat, allein auslösen? Weiß der Herr nicht, daß für den Arbeiter die Lebensmittel ebenfalls einer Gewerkschaft als Verteilungsvortheil vorgezogen werden, und daß die Gründung einer eigenen Gewerkschaft immer schwieriger, ja vielfach unmöglich wird? Wenn früher die Gelehrten Pläusche hatte, daß Fleiß und Sparmaßnahmen selbstständig zu werden, so muß er heutzutage sich darauf gefaßt machen, zeitlebens Arbeiter zu bleiben und wenn er mittels Berufsorganisation seine Lage sich extraktiv machen will, wer will ihm das mit Recht verwerfen? Wer hat denn den Nebengang des Handwerks verschuldet? Weiß der Herr Artikelbeschreiber nicht, daß die Großindustrie mit ihrer rücksichtlosen Konkurrenz und vielfach die Kürzsichtigkeit der Handwerker die Schul Schul tragen? Warum sich jetzt am noch kleineren und schwächeren, dem Arbeiter, sich schwächer halten, statt sich auf die Bewegung von unten zu stützen und mit vereinten Kräften von oben zu reagieren, was recht und billig ist nach Gewissen und Gesetz, denn mehr will der christliche Gewerkschafter auch nicht, als was ihm zusteht. — Geradezu unkonsequent ist es aber, wenn ein Immunmeister den Arbeitern das Organisationsrecht verweigert, seine eigenen Berufskollegen im Meisterstande aber sogar mit Hilfe des Staates dazu bringen will, „den materiellen Vortheil“ zu erstreben. Was die Gewerkschaften anstrebt, auf die den Handwerksmeister verweist, sind vom Gesetzgeber zweitfalls gut gemeint, werden aber von den Immunmeistern vielfach ignoriert oder zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Wenn der Artikelsteller einmal in Jahre dem Freizeitbuch eines Lehrers zusehen darf, aber sonst weiter nicht zugezogen wird, so ist das noch lange kein Vertretung der Arbeiter. Man muß den christlichen Gewerkschaften nicht gleich Selbstschatz vorwerfen, besonders wenn man sie nicht näher kennt. Handwerk und Gewerkschaft können ganz neben einander bestehen, wenn beide Faktoren vom Rechtsgefühl geleitet sind und nach dem Grundsatz: „Jedem das Seine“ handeln.

gründlich geruht, dem Bureauvorsteher Rechnungsrath Ludwig Weeber bei der Generaldirektion der Staats-eisenbahnen den Titel „Oberrechnungsrath“ zu verleihen, den Betriebskontrolleur Anton Meissner in Waldshut zum Bahnhofswalter und den Stationsverwalter Wilhelm Weiß in Biberach-Zell zum Stationskontrolleur zu ernennen.

Mit Entschließung des Groß. Ministeriums des Groß-

Bayer. und der auswärtigen Angelegenheiten wurde dem Bahnhofswalter Anton Meissner das Stationsamt Waldshut übertragen und Stationskontrolleur Wilhelm Weiß dem Stationsamt Baden zugewiesen.

Mit Entschließung Groß. Ministeriums des Innern wurde Altmatrikel-Abolition Christopher in Breisach zum

Altmatrikel-Abolition Christopher erannt.

Mit Entschließung Groß. Generaldirektion der Staats-eisenbahnen wurden die Expeditionsassistenten Wilhelm Blau in Tauriberg-Böhlheim nach Mannheim und Karl

Krieg in Dinglingen nach Tauriberg-Böhlheim verlegt.

**Karlsruhe, 12. Nov.** Die Diskussion über die Frage der Wahlreform in Baden ist im national liberalen Lager im vollen Fluss. Es ist eine mächtige Kanonade, die an allen Ecken und Enden erklang und viel Staub und Staub aufwirbelt. In diesem Pulverbrand geht aber sehr leicht die richtige Spur von der Position unseres nationalliberalen Gegners verloren; ganz besonders das lebhafte Gefecht der Fähnlein der „Jungen“ ist geeignet, Täuschungen hervorzurufen. Ungleich klarer und deutlicher aber ist der Kern des feindlichen Heeres zu erkennen, seitdem das mächtige Krupp-Geschöpf in den Berliner Neuen Nachrichten aufgefahren ist und in die Kanonade eingegriffen hat.

Der Artikel des Berliner Blattes aus Baden ist, um keinen praktischen Wert und seine politische Bedeutung herabzuzeichnen, von den frudenden „Jungen“ und auch sonst als „offiziell“ bezeichnet und Herrn Kas in die Schule geschoben worden. So einfach scheint uns aber die Sache nicht zu liegen. Herr Kas mag vielleicht den Artikel in dem Berliner Schriftsteller-Organ vermitteilt haben; dessen Verfasser aber sitzt — nach unserer Aufsicht — als einflußreicher, im Ganzen wohlunterrichteter Mann im nationalliberalen Partei-Lager; jedenfalls findet in dem vielbeschriebenen Artikel die Ansichten und Absichten der „Alt“ in der nationalliberalen Partei ziemlich richtig widergegeben. Beiläufig bemerkt, mutet es einem etwas komisch an, wenn einzelne nationalliberale Organe in Baden Herrn Kas in seiner Eigenschaft als „Offizieller“ so wegwerfend behandeln. Herr Kas ist doch auch ein Nationalliberaler — er hat es ja fürlich selbst und zufällig in der „Strafb. Post“ in Erinnerung gebracht — und seine höheren Auftraggeber sind es bis jetzt gewesen und sind es heute noch. Nationalliberal und Offizieller, das ist in Baden doch eigentlich „Herr wie Jäde“, oder Bogen wie Schießen!

Was ist nun der Kern der Ausführungen in den Berliner Neuen Nachrichten? Unbedingt Abwehrung des reinen direkten Wahlrechts; einstweiliges Verhältnis an der indirekten, allgemeinen und gleichen Wahl; später aber, wenn die nationalliberale Partei im Parlament wieder genügend erarbeitet ist, Befreiung der gleichen Wahlrechts durch Einführung einer Enjuis nach löslichem Muster! Das ist das Programm des Tonangebenden im nationalliberalen Lager. Dem allgemeinen gleichen Wahlrecht soll es an den Krägen gehen! Klugerndentlich wortvoll ist in dieser Beziehung auch von Herrn Kas mit Schmunzeln in seiner „Karlsruher Zeitung“ aufgenommene Auskunft der nationalliberalen Schriftsteller Zeitung, die ausdrücklich besagt, daß einer Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts für die Landtagswahl nur dann zugestimmt werden sollte, wenn man daran ginge, das gleiche Wahlrecht verhülfen. „Ohne Sein“, meint der Kleiner Nationalliberal weiter, „sollte diese Forderung von jedem aufgestellt werden“, der nicht wählt, daß die Lebensinteressen des Staates an die Masse auf Gnade und Ungnade überlassen werden. „Das gleiche Wahlrecht, das jedem Wähler die gleiche Wahlberechtigung zuweist, ist widerlich und deplatzt ungern und unwahr.“ So die Kleiner Stimme. Man bedenke dabei, daß wir dieses widernatürlich gleiche Wahlrecht in Baden schon haben. Gehet man also zu weit, wenn man sagt, daß dieser Sorte von Nationalliberalen schon unter jetziges Wahlrecht viel zu radikal ist und daß sie sich jenen nach einer Reform ausgesetzt. Die Bevölkerung längst unbewußt unvorsichtiglich, so daß weiter keine Notiz davon genommen wurde. Das betreffende Blatt — es ist die unter Krupp'scher Flagge segelnde „Heimisch-Westfälische Zeitung“ in Eisen — wiederholte nun die hervorragende Stelle der badischen konservativen Partei von großer Bedeutung.

In Hinsicht auf die Vergangenheit und Gegenwart hat ein solcher Spott an sich keine Berechtigung. Es steht aber der „Bad. Ldszg.“ sehr schlecht an, wenn man an die Zukunft denkt und an das was nicht gerade kommen muss, aber kommen kann. Wenn heute oder morgen die Regierung gegen die Nationalliberalen Front macht, werden sie sicherlich nicht so ohnmächtig dastehen wie heute die Konervative. Allein gering genug wird ihre Machstellung sein. Und das wird, wenn auch nicht im gleichen Umfang, schon dann eintreten, wenn die Regierung ihnen jegliche Unterstützung verleiht, ohne direkt gegen die Front zu machen.

**Karlsruhe, 13. Nov.** Die halbmäßige „Karlsruher Zeitung“ hat sich bereit, die Bestellung eines neuen Parteivorstandes der Konervative zu melden. Angleich in der „Strafb. Post“ von der gleichen Seite aus telegraphiert:

„Das konervative Parteivorstand erklärt, die Regierung sei, solange Baden das allgemeine und gleiche Wahlrecht beibehält, aufrecht derselben Konervative zu melden. Angleich in der Strafb. Post“

Darüber zweifelt die „Bad. Ldszg.“ wie folgt:

„Diese Meldung ist in Hindernis vor der hervorragenden Stelle der badischen konservativen Partei von großer Bedeutung.“

In Hinsicht auf die Vergangenheit und Gegenwart hat ein solcher Spott an sich keine Berechtigung. Es steht aber der „Bad. Ldszg.“ sehr schlecht an, wenn man an die Zukunft denkt und an das was nicht gerade kommen muss, aber kommen kann. Wenn heute oder morgen die Regierung gegen die Nationalliberalen Front macht, werden sie sicherlich nicht so ohnmächtig dastehen wie heute die Konervative. Allein gering genug wird ihre Machstellung sein. Und das wird, wenn auch nicht im gleichen Umfang, schon dann eintreten, wenn die Regierung ihnen jegliche Unterstützung verleiht, ohne direkt gegen die Front zu machen.

**Karlsruhe, 19. Nov.** Die deutschen Schule gebiete in Afrika, namentlich im Südwestafrika, sollen nach der Abfahrt der Reichsregierung gar nicht im dauernden Besitz des deutschen Reiches bleiben, sondern nur „Tauobjekte“ sein, die man gelegentlich gegen andere Gebiete eintauschen könnte — so sollte nach der Bekämpfung eines rheinischen nationalliberalen Blattes ein Beamter des Berliner Auswärtigen Amtes ausgefragt haben. Die Bekämpfung lang anhaltender Unwahrheitlich, so daß weiter keine Notiz davon genommen wurde. Das betreffende Blatt — es ist die unter Krupp'scher Flagge segelnde „Heimisch-Westfälische Zeitung“ in Eisen — wiederholte nun über seine Beauftragung, und darum wird ihm nun in der „Nord. Allgem. Zeit.“ folgende Antwort zuteil:

„Der Aufforderung verschiedener Blätter, den angeblichen Beamten zu nennen, ist die „Heimisch-Westfälische Zeitung“ bisher ausgewichen. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß keiner der in der Erklärung genannten Stellen eine solche oder ähnliche Anerkennung gethan hat.“

Leidergenug hat es in dieser Richtung auch in der Presse der „Jungen“ schon gewerterichtet. Von dieser Seite wird das indirekte Wahlverfahren gern als eine übertriebene, lästige Form behandelt; und es war in Pressestimmen der „Jungen“ schon angekündigt, daß wenn diese Form gefallen sei, man über eine „Reform“ des gleichen

Wahlrechts verfügen solle, um darum wird ihm nun in der „Nord. Allgem. Zeit.“ folgende Antwort zuteil:

„Der Aufforderung verschiedener Blätter, den angeblichen Beamten zu nennen, ist die „Heimisch-Westfälische Zeitung“ bisher ausgewichen. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß keiner der in der Erklärung genannten Stellen eine solche oder ähnliche Anerkennung gethan hat.“

**Karlsruhe, 19. Nov.** Der Bad. Landeskonservativer

beginnt einen Artikel über den Zwischenfall „Ldm.“ „Beob.“ mit folgenden Sätzen:

„Wiederholen sich in dem „Bad. Beob.“ und dem „Bad. Ldm.“ ist es wegen des Eingreifens des Bischofs in die christliche Arbeitserweiterung zu einer ziemlich heftigen Auseinandersetzung gekommen, die höchstlich auch zu persönlichen Angriffen führte. Sie legt Clappi in diesem Artikel die Gründe für das Eingreifen des Bischofs dar.“

Die Legende Clappi in diesem Artikel die Gründe für das Eingreifen des Bischofs dar.“

Von einem „Kampf“ der beiden Centrumsbürokraten, von dem die fragliche Erklärung die letzte Strophe sein soll, ist uns nichts bekannt. „Im Bad. Beob.“ wird Front gemacht wider die Art,

wie die „Kön. Polizei“ gegen den Herrn

Erzbischof von Freiburg vorgegangen ist.

**Karlsruhe, 12. Nov.** Die konservativen wollen sich neu organisieren und haben bereits einen Parteivorstand bestellt, der nach der „Bad. Landeszeitung“ aus folgenden Herren besteht: Schlebach, II. Vorsteher; Baumeister, Professor und Oberbaumeister; Graf W. Douglas; Gleis, Pfarrer; Frhr. v. Göller, C. A.; Hanert, Oberlehrer; Hoffmann, Direktor; Kern, Kaufmann und Generalagent; Koch, Schreiber; Frhr. v. Laroch, Oberamtsrichter; Mengen, Konfessor; Mühlhäuser, Stadtpfarrer; Odenwald, Abt; Steinmuth, Pfarrer; Dr. M.; Dr. v. Rüdt, Landgerichtsdirektor; Ilde, Oberamtsrichter.

Wer ist I. Vorsteher?

Die "Karlsr. Blg." läßt sich darüber schreiben:

"Zum ersten Male findet man wieder Ärger v. Gölz, das langjährige Mitglied der Ersten Kammer, das schon über 10 Jahre zu den Führern der konservativen Partei Badens gehörte, sich aber nächst von der konservativen Landespartei zurückzog. Die weiteren Mitglieder, Graf Douglas, Konrad Menger und Direktor Hoffmann, gehören dem "Bunde der Landwirthe" ebenso an, wie der konservativen Partei. Bemerkenswerth ist auch, daß Landwirtschaftsdirektor Frey v. Auedt, Mitglied der Ersten Kammer, sich den Vorstand angekündigt hat. Diese neue Gruppierung des konservativen Parteivorstandes, besonders der Wiedereintritt des Frey v. Auedt, Mitglied der Ersten Kammer, beweist, daß die Hoffnungen auf den neuen Minister des Innern, Schleicher Schenkel, nicht gering sind und daß die Drohung der Berliner "Neuenen Blg.", die Regierung werde sich, wenn die Nationalliberalen in der Wahlrechtsfrage nicht klein begeben, auf die Hilfe eines gemäßigten konservativer liberalen Anhangs stützen, auf recht empfindlichen Boden gefallen sind."

Wenn Frey v. Auedt als tatsächlicher Dirigent bestimmt werden sollte, dann wird kaum daran zu denken sein, daß die neuorganisierte Partei gute Geschäfte macht.

▲ Karlsruhe, 11. Nov. Die Wohnungfrage, die leider in vielen Städten zu einer wahren Wohnungswirtschaft entwickelt hat, wird nach einer allgemeinen, augenscheinlich halbmäthigen Notiz vorausichtlich gar nicht zu einer gesetzlichen Maßnahme führen. Die Regelung an dem Wege der Polizeiverordnung soll nach dem neuesten Stande der Dinge das Wahlrechtswesen nicht mehr bestimmen können. Wie die Wohnungswirtschaft abgesprochen wird, ist ziemlich gleichgültig; wenn ihr nur überhaupt durchgreifend und dauernd abgeschlossen wird und vor allen Dingen auch bald. Indessen ist wohl anzunehmen, daß die Frage auch in den vorliegenden parlamentarischen Beratungszeit zum Gegenstand von Anträgen an die Regierungen gemacht werden wird.

○ Karlsruhe, 12. Nov. Die gewerbliche Beschäftigung von Schülkindern ist, wie bekannt, der Gegenstand von Erhebungen gewesen, die mit Verabschaffung des Reichstags in den verschiedenen Bundesstaaten vorgenommen wurden. Dass an der Art und Weise der Durchführung dieser Erhebungen mancherlei auszugehen ist, wurde bereits mehrfach besprochen. In den meisten Bundesstaaten sind die Erhebungen nur lückhaft und oberflächlich gewesen, und namentlich ist zu raten, daß sie nicht überall nach denselben Gesichtspunkten vorgenommen wurden. Dennoch haben sie vieles kostenswerthe Material geliefert, und auf Grund dieses Materials ist im Reichsamt des Innern ein Gesetzentwurf zur Regelung der gewerblichen Tätigkeit von Schülkindern ausgearbeitet worden. Dieser Gesetzentwurf ist nunmehr den verschiedenen Bundesregierungen zur Bereitstellung und Verabredung zugegangen.

▲ Karlsruhe, 13. Nov. Die "Straß. Post" bringt heute abermals einen Artikel über die Wahlrechtsfrage in Baden. Der Verfasser bezeichnet den vom "Ort. Blatt" bis befehlte Artikel der "Karls. Blg.", den auch die "Karls. Blg." unter ihre Fittiche genommen hat, als "zeitig". Er ist der Meinung, daß das indirekte Wahlrecht seine frühere Bedeutung verloren hat und daher ohne Bedauern der Hinterbliebenen zum Ortus hinabfahren kann. Er will aber den größten und wichtigsten Interessengruppen eine angemessene Vertretung gewähren. Dem gemäß plädiert er für befondere Vertretung der Städte — was wir bekanntlich haben; für eine Vertretung des Bauernstandes — was bekanntlich in sehr reichem Maße der Fall ist; für eine Vertretung der Handelsstädte — woran es auch nicht fehlt.

▲ Offenburg, 12. Nov. Der "Odenauer Bote" bringt in seiner neuesten Nummer einen recht interessanten Artikel über die Wahlrechtsfrage, der namentlich im Eingang und am Schlusse sehr beachtenswert ist. An die Adresse der Regierung gerichtet wird gefragt:

"Werwöhr ist und meines Erachtens nicht gerade ein Zeichen besonders vertrauensvoller Verhältnisse zwischen Land und Regierung, daß letztere noch mit seinem Worte offiziell oder auch nur unverbindlich offiziell ihre Meinung und — immer noch das Verhältnispiet hinter Herrn Julius Koch und den verschiedenen außerordentlichen Zeitungen. Es wird ja wohl so sein, wie Herr Koch sagt, aber warum kann denn nicht über eine Angelegenheit, die, wie jetzt auch mein neuester Artikel in der "Straß. Post" angibt, den Anfangspunkt der inneren Politik bildet, in der "Karls. Blg." klar und klar gezeigt werden, welches der Standpunkt der Regierungserganzen ist?"

Daran hofft sich dann eine sehr auffallende Kritik eines längeren Artikels über die Wahlrechtsfrage, der in der "Kehler Zeitung" erschien ist und von der Karls. Zeitung als Schmiede angerufen wurde. Die Kritik ist gar nicht schmeichelhaft für das halbmäthige Regierungserganzen.

Zum Schluß heißt es dann: "Uns mutigt es bei der Karls. Zeitung, daß gingen wir allerdings schweren, mindestens sehr unerträglichen Zeiten entgegen, wo im Überparteiens die Spreu vom Weizen gelöscht werden wird. Nun noch eine Frage: Wann sucht man denn die 'Kantaten' nicht auf dem Wege einer zeitgemäßen Reform der Ersten Kammer?"

Mit dem letzten Satze sind wir ganz einverstanden!

▲ Freiburg, 12. Nov. In der letzten Woche (7. und 8. November) hat das katholische Vereinshaus zwei Festfeiern gehabt, bei welchen recht beachtenswerthe Worte gesprochen worden sind. Am Mittwoch hatte der akademische Piusverein eine Festfeier, zu welcher auch die Mitglieder der Kirchenvertretung geladen waren und sich einfanden. Wie beabsichtigen nicht, einen Bericht über den Verlauf der Feier und über die Reden zu schreiben, die gehalten wurden, bekränkt uns vielmehr darauf, folgende Ausführungen des Herrn Abgeordneten Siegel vorzuherrschen:

"Man habe in jüngster Zeit wieder versucht, von verschiedenen 'Richtungen' im Centrum zu sprechen. Unsere Gegner täuschen sich über sehr, wenn sie glauben, daß im Centrum Gegenfälle bestehen. Wir sind einzig. Beide die Einigkeit nicht, so möglicht sie schon herbeigeführt werden durch die Spekulationen der Gegner auf den Zerfall des Centrums. Selbst wenn alle den Katholiken entzogenen Rechte und Freiheiten zurückerobern werden, in ein starkes und einiges Centrum erst recht notwendig. Heute noch wagt ein halbmäthiges Blatt wie die 'Karls. Blg.' das katholische Volk in Baden als 'ungebildete Massen des Klerikalismus' zu beschimpfen. Da können wir uns wahrlich den Luxus verschiedener 'Richtungen' im Centrum nicht gestatten."

Tags darauf beging der katholische Bürgerverein das Namenstagfest seines politischen Rundschauers und Ehrenmitgliedes, des hohen Herrn Geistlichen Rathes Wacker. In Anlehnung an die vorangegangene Festrede sprach der Geehrte auch Einiges über die gegenwärtige politische Lage. Dabei führte er aus, daß im Gegenteile zu anderen Parteien für das Centrum die Situation außerordentlich klar sei. Es brauche nur in Höhe und Geduld die kommenden Dinge abwartend den Weg weiter zu gehen, den es bisher gegangen sei.

\* Freiburg, 12. Nov. Wir erhalten eine Zuschrift über den Beleidigungsprozeß Wedel-Schrodt, der am letzten Mittwoch vor dem Schöffengericht in Freiburg abhielt und mit Schrodt's Verurteilung endete. Wir haben absichtlich einzuweilen über den Fall geschwiegen, weil wir wissen, daß Berufung eingelegt wird oder schon eingelegt ist. Eben deswegen seien wir auch davon ab, diese Aufschrift in ihrem Wortlaut zu veröffentlichen.

#### Personalnachrichten.

Großb. bad. Staatsseisenbahnen.

Zugestellt wurden: Karl Hünker, Bahnhofsdirektor in Basel, nach Wertheim, Theodor Kutschlöser, Bahnhofsdirektor in Singen, nach Basel, Wilhelm Dörr, Vater, Bahnhofsdirektor in Immenningen, nach Singen, Adolf Danh, Betriebskontrolleur in Basel, zur Verleihung des Stationskontrolleurs nach Immenningen, Franz Hofmann, Stationskontrolleur in Heidelberg, zu desselbiger Generaldirektion, Wilhelm Küds, Stationskontrolleur in Baden, zum Betriebskontrolleur ernannt, dem Großb. Betriebsinspektor in Basel, Franz Gramm, Betriebsassistent bei desselbiger Generaldirektion, zum Stationskontrolleur ernannt, dem Großb. Stationsamt Heidelberg.

Gramm: zum Betriebsdirektor: Friedrich Hainmüller, Betriebsassistent.

Gesamtb. angestellt: die Schaffner: Josef Feger, Heinrich Schmidt, Max Böhn, Alf. Graf.

Als Expeditionsgehilfinnen bestätigt: die Eisenbahngesellinnen: Emma Brödering von Heidelberg, Marie Deimling von Konstanz, Elisabeth Hofmann von Wertheim.

Beratungsmäßig aufgenommen: Heinrich Müsigg von Hofstettersheim als Bahnmutter, August Laubis als Bahnwärter, Karl Späne von Höft als Weidewärter.

Gülzhausen: Christian Lehmann von Gutach, zuletzt Bahnharder bei Großb. Bahnbauinspektion in Württemberg, Ernst Reinhard von Holzen, zuletzt Hilfschauffer in Adolfszell, Heinrich Raicher, Bureaucrat (am Amtsantritt), Albert Pfeifer von Karlsruhe, zuletzt Bureaucrat in Weissenbach; August von Philippensburg, Edmund Lohr von Philippensburg, Adolf Maurer von Philippensburg, Hermann Neissler von Philippensburg, Xavier O'Dowd II von Philippensburg, Friedrich Weiz von Mosbach und Karl Weiß von Philippensburg, sämtlich zuletzt Bahnharder in Mannheim.

In Auer stand verfehlt: Sebas Mauß, Bahnharder, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste, Kasian Steller, Bahnharder, unter Anerkennung seiner langjährigen treuer Dienste, Heinrich Grambach, Bahnharder.

Gestorben: Claudius Jung, Schaffner, am 19. Oktober I. J. Friedrich Neuner, Bahnharder, am 22. Oktober I. J. Matthäus Fechnerbach, Bureaucrat, am 27. Oktober I. J.

#### Kleine badische Chronik.

St. Heidelberg, 13. Nov. (Telegramm.) In Folge Entgegennahme eines Güterzuges erlitten gestern Abend alle einlaufenden und ausfahrenden Züge Verätzungen. Menschenleben sind diesmal nicht zu Schaden gekommen.

Heidelberg, 11. Nov. Der 17 Jahre alte Maurerlehrer Joh. Kern von Kleinembach starb vom Neubau der kathol. Kirche beim Wilhelmsplatz aus einer Höhe von ca. 7 Metern herab, erlitt einen Schadelbruch und starb eine Stunde später, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben.

+ Königshofen, 9. Nov. Heute Nachmittag gegen 2 Uhr brach hier Feuer aus. In kurzer Zeit brannten acht Scheunen mit vielen Früchten nieder. Der Brand soll durch Kinder verursacht worden sein.

- Philippensburg, 12. Nov. In diesem Jahre freuen sich die Mitglieder unseres Cäcilienvereins ganz besonders auf die Cäciliefeier. Hat doch Frau Pfarrdirektor Frey jetzt an Karlsruhe die Freimälichkeit, uns selbst einige klassische Stücke zu singen und durch die kleine Bühne singen zu lassen.

Leider steht der 14. Nov. der uns den Besuch der geheiratheten Frau Director mit ihren beiden Kindern brachte, hat uns kaum Vorans einige herzliche Worte zu Gehör gebracht, die uns den musikalischen Genuss auf den 25. abnehmen lassen.

Einnes der neuen Instrumente, Klavierharmonium, d. h. Piano und Harmonium gleich, aus der Pianohandlung des Herrn Hart in Karlsruhe, wird von nun an in der Cäciliefeier gespielt.

Es ist dieses Instrument für Aufführung von Opern und Oratorien und läßt sich ganz besonders eignen, wenn es sich für die Dauer bewährt.

\* Aich, 12. Nov. Ein Andenken aus der schwümmenden Zeit der Belagerung ist hier bei den Kanalisationarbeiten in der Nähe der Gasfabrik ausgegraben worden. Es war eine Bombe von einem Sennier.

○ Bühl, 12. Nov. Bei einem am vergangenen Freitag in der hiesigen Gegend abgehaltenen Jagd wurden 110 Hasen geschossen.

- Offenburg, 12. Nov. Herr Gendarmeriewachtmeister Haas hier gestern das Fest der überlieferten Hochzeit.

+ Dom Kaiserstuhl, 12. Nov. Zur Freude unserer Freunde hat der Neue durchgehends um 5 Mark per Scheck aufgezahlt, nur freude, daß die meisten Leute ihre Neuen schon verlaufen haben. Gönige Witterung vorangegangen wird ein nächstes Jahr noch mehr Wein geben, weil sicher jetzt alle Freunde ihre Reden sprühen werden, was leider, leider von so manchen dieser Jäte unterlaufen wurde.

\* Enzmilch, 11. Nov. Heute wurde hier ein geheimer Bauerndreit wegen mehrfacher Schwindelerei festgestellt.

Schon seit einigen Wochen trug er sich bei Landwirten als Arzt, ließ sich einen Handgeld von 10—20 M. auszahlen und — verlorwand, um an einem andern Ort das gleiche Mandat zu beginnen. Nachdem er sich auf diese Art schon über 200 M. zusammengezerrt hatte, erreichte ihn heute der Arzt des Geleges.

○ Bommel, 12. Nov. Der hiesige Gegenstand des öffentlichen Schwarzwalds erfreut sich jetzt Beginn des Monats des herrlichen Herbstwetters. Der warme Sonnenchein, die milde Temperatur und blühende Blumen lassen uns ganz vergessen, daß wir in Monat November sind.

\* Aus dem Wiesenthal, 12. Nov. Vor einigen Wochen wurde in Oberwiesenthal während des Gottesdienstes eingebrochen und 300 M. gestohlen. Der Verdacht fiel auf einen jungen Mann Namens Bäffeler, der nur nach längerem Suchen von der Gendarmerie in Oberwiesenthal ergriffen wurde.

+ Haslach, 11. Nov. Für den Tagelöhner Ulrich Gayer von Hirschberg, der bekanntlich im August dieses Jahres durch einen Brand seine Familie und seine Habe eingebüßt hat, gingen durch mildherige Sammlungen und den nahezu und entsierten Parcours beim hiesigen Stadtjägeramt zusammen 1885 M. ein. Auch die von einzelnen Blättern unternommene Sammlungen haben hübsche Ergebnisse erzielt. Der bedauernswerte Mann kann die Spenden recht wohl brauchen und ist von Herzlos dafür dankbar.

\* Waldshut, 12. Nov. Gestern Freitag ist ein neues Elektricitätswerk von der Stadt übernommen worden.

\* Überlingen, 12. Nov. Bei der am leichten Donnerstag erfolgten Bürgermeisterwahl wurde Herr Postagent Johann Baptist Frey mit 49 Stimmen gewählt, sein Gegenkandidat, Restaurantier F. Gintert, erhielt 17 Stimmen.

○ Schopfheim, 12. Nov. Vorgericht Nadi wurde in der hiesigen protest. Kirche jämmerliche Opferstöde erbrochen; dieselben waren glücklicherweise am Tage vorher geleert worden. Als der Thau verdrächtig find in der Umgegend bereits vier Handwerksburschen von der Gendarmerie festgenommen worden.

+ Säckingen, 12. Nov. In der heute hier abgehaltenen Ausschüttung des Oberheinischen Sängerbundes wurde beigelegt, daß die nächsten Vorsitzende in Säckingen nicht gefunden.

Man habe in jüngster Zeit wieder versucht, von verschiedenen "Richtungen" im Centrum zu sprechen. Unsere Gegner täuschen sich über sehr, wenn sie glauben, daß im Centrum Gegenfälle bestehen. Wir sind einzig.

Beide die Einigkeit nicht, so möglicht sie schon herbeigeführt werden durch die Spekulationen der Gegner auf den Zerfall des Centrums. Selbst wenn alle den Katholiken entzogenen Rechte und Freiheiten zurückerobern werden, in ein starkes und einiges Centrum erst recht notwendig. Heute noch wagt ein halbmäthiges Blatt wie die "Karls. Blg." das katholische Volk in Baden als "ungebildete Massen des Klerikalismus" zu beschimpfen. Da können wir uns wahrlich den Luxus verschiedener "Richtungen" im Centrum nicht gestatten."

Tags darauf beging der katholische Bürgerverein das Namenstagfest seines politischen Rundschauers und Ehrenmitgliedes, des hohen Herrn Geistlichen Rathes Wacker. In Anlehnung an die vorangegangene Festrede sprach der Geehrte auch Einiges über die gegenwärtige politische Lage. Dabei führte er aus, daß im Gegenteile zu anderen Parteien für das Centrum die Situation außerordentlich klar sei. Es brauche nur in Höhe und Geduld die kommenden Dinge abwartend den Weg weiter zu gehen, den es bisher gegangen sei.

Schopfheim am 9. Juni abzuhalten. Der alte Vorstand wurde wieder gewählt.

\* Aus Baden, 10. Nov. In Daxlanden erhängte sich auf dem alten Friedhof an dem Kreuze seiner dort begrabenen Frau der Anfangs der vierzehn Männer Georg Gang. - Bei der Kirchweih hat eine Frau aus Tiessach das Amt der Kirchweih, aus Wertheim Carl Nagelmann aus Tiessach und die Tochter und den Sohn so verbrannt, daß sie sterben muhte. - Modellkreiner Karl Nagelmann aus Wertheim verunglückte am 5. ds. Mon. im Steinbruch des Weißhölzle, wo ein leichter Zusammenstoß mit berittenen Boxern stattfand, in Tungpa, 12 Kilometer östlich von Peking und Sunto, 14 Kilometer nordöstlich von Peking, eingetreten. Die russischen Truppen hatten nördlich von Schantauwan ein glückliches Gefecht gegen 6000 Boxer unter einem Verlust von 11 Toten und 61 Verwundeten.

- Graf Waldersee meldet vom 8. Nov.: Major Graham mit zwei Kompanien des 1. Ostasiatischen Infanterie-Regiments, zwei Eskadrons und zwei Batterien von Tientsin über Tschungtsin und Hsianghoftien, 55 bezw. 70 Kilometer nördlich von Tientsin auf dem Unterleibholz, wo ein leichter Zusammenstoß mit berittenen Boxern stattfand, in Tungpa, 12 Kilometer östlich von Peking und Sunto, 14 Kilometer nordöstlich von Peking, eingetreten. Die russischen Truppen hatten nördlich von Schantauwan ein glückliches Gefecht gegen 6000 Boxer unter einem Verlust von 11 Toten und 61 Verwundeten.

- Graf Waldersee meldet weiter unter dem 9. Nov.:

Die englische Kolonne von Paotingsu unter General Richardson ist über Jungtsching, Jungtsing und Langfang nach Peking, die unter General Campbell über Joanthan und Woeningan nach Tientsin zurückgekehrt. General Campbell zerstörte mehrere Boxerlager.

Paris, 12. Nov. Das nunmehr ausgegebene französische Gelände enthält Mitteilungen über einen bisher völlig unbekannt gebliebenen Plan des Prinzen Tsching, der am 1. Juli einen Aufstand gegen den kaiserlichen Hof hervorrufen wollte. Frankreich und Russland wollten das Ernunciamiento des Prinzen unterstüzen, die übrigen Mächte aber hielten ein solches Beginnen nicht für opportum. Die daraus beigleitigen Unterhandlungen wurden von Kabinett zu Kabinett geführt. Die Peinger Gesandten wußten von dieser Kombination nichts, sie hatte wenigstens den Erfolg, daß das Bombardement der Gefangenshaften zeitweilig eingestellt wurde.

Rom, 12. Nov. Der apostolische Vikar in Peking, Favier, wird demnächst in Rom erwarten. Er ist in

folge der chinesischen Kriege vom Papst zum Kardinal ernannt. Die Feuerhausarbeiter der städtischen Gas- und Wasserwerke sind — mit Wirkung vom laufenden Jahre an — in den Monaten Juni, Juli und August eine sog. Höhle-Zulage ohne Rücksicht auf die Witterung von täglich 10 Pf. erhalten.

Die elektrische Wirtschaft zeigt sich in den städtischen Betrieben erheblich über die Einsparung der Kosten hinaus.

Das elektrische Amt zeigt an, daß die elektrische Kardinaler-Über-Gasse der Duracher Allee und Georg-Friedrichstraße umwelt aufgestellt und in Betrieb gesetzt ist.

Die Feuerhausarbeiter der städtischen Gas- und Wasserversorgung werden von Kabinett zu Kabinett geäußert.

Die Feuerhausarbeiter der städtischen Gas- und Wasserversorgung werden von Kabinett zu Kabinett geäußert.

Die Feuerhausarbeiter der städtischen Gas- und Wasserversorgung werden von Kabinett zu Kabinett geäußert.

Die Feuerhausarbeiter der städtischen Gas- und Wasserversorgung werden von Kabinett zu Kabinett geäußert.

Die Feuerhausarbeiter der städtischen Gas- und Wasserversorgung werden von Kabinett zu Kabinett geäußert.

Die Feuerhausarbeiter der städtischen Gas- und Wasserversorgung werden von Kabinett zu Kabinett geäußert.

Die Feuerhausarbeiter der städtischen Gas- und Wasserversorgung werden von Kabinett zu Kabinett geäußert.

Die Feuerhausarbeiter der städtischen Gas- und Wasserversorgung werden von Kabinett zu Kabinett geäußert.

Die Feuerhausarbeiter der städtischen Gas- und Wasserversorgung werden von

